

## neu gewählter Bundesvorstand

### INHALT

neuer Bundesvorstand	1
Magdeburger Parteitag	2
Abschaffung von Sanktionen	4
Musikschule	5
EEG-Novelle	6
8.Mai	7
"Religion ist Opium fürs Volk"	8
Die 24. Antifa - Bildungsreise	10
Termine	12



Der Kreisverband Schmalkalden-Meiningen gratuliert allen gewählten Parteivorstandsmitgliedern. Aus Thüringen wurden Johanna Scheringer-Wright, Christian Schaft und Frank Tempel in den Vorstand gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

## Thüringer Delegation 2016



mit dabei Ingrid Krauss und Patrick Beier aus unserem Kreisverband



**Steffen Harzer**

### Kandidatur

Er bewarb sich erneut für die Wahl als Mitglied des Parteivorstandes unserer Partei.

Als Mitglied des Thüringer Landtags wollte er damit seine politische Arbeit auch auf Bundesebene fortsetzen.

# Unser Parteitag in Magdeburg

## Sozial gerecht. Für alle. Besser.

Ein hoher Anspruch an unsere Partei, an uns alle als Mitglieder. Drei Leitanträge, die Reden unserer beiden Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger, der beiden Fraktionsvorsitzenden Dietmar Bartsch und Sarah Wagenknecht sowie die Debatten zu den Anträgen waren diesem Motto gewidmet. Außer der Abstimmung über diese drei Anträge hatten die rund 580 Delegierten über eine Reihe weiterer Anträge zu befinden und vor allem die neuen Gremien der Partei zu wählen. Die Titel der Leitanträge verdeutlichen die Ziele unserer Partei:

1. „Für Demokratie und Solidarität! Gegen den Rechtsruck!“
2. „Mehr für alle. Eine soziale Offensive für ein offenes Land!“
3. „Für Frieden und eine gerechte Weltordnung – Linke Alternativen zum ‚Krieg gegen den Terror‘ und zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik“

Natürlich stand im Mittelpunkt immer wieder die Analyse der gegenwärtigen politischen Situation, insbesondere in Deutschland: „Die Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Solidarität ... sind bedroht wie nie zuvor ... Das Land steht am Scheideweg ... Erstmals müssen wir von einer ‚sozialen Bewegung von rechts‘ sprechen,“ die „tief verankert“ ist „in der Mitte der Gesellschaft.“ Dabei ging es vor allem um die Auseinandersetzung mit der AfD und um die Gründe für deren Wahlerfolge, wobei auch die Politik der Bundesregierung und der SPD einer harten Kritik unterzogen wurde. Bernd Riexinger: „Die AfD ist die schlimmste neoliberale Partei. Von ihr hört man nichts zu bezahlbaren Wohnungen, zu Renten oder Löhnen ... Sie will die Reichen und Vermögenden noch mehr verhätscheln. Sie will hunderttausende junge Menschen zur Wehrpflicht zwingen ... noch mehr aufrüsten ... führt einen reaktionären Kulturkampf“. Doch obwohl die AfD gegen den Mindestlohn, gegen Gewerkschaften ist, wurde sie gerade in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg vor allem von Erwerbslosen, Arbeitern, Arbeiterinnen und Gewerkschaftern gewählt! „Die Wahlergebnisse waren für uns eine schwere Niederlage“. Es gilt, einen noch stärkeren Rechtsruck in den bevorstehenden Wahlen in einigen Bundesländern und den 2017 anstehenden Bundestagswahlen zu verhindern. Dazu gehört auch eine breite Bündnispolitik.

Katja Kipping: „Wenn wir die Chance haben:

- die Austerität zu Fall zu bringen;
- die Amtszeit von Angela Merkel zu beenden und damit
- den Einfluss von Horst Seehofer zu begrenzen;
- den Aufstieg des Rechtspopulismus zu stoppen und
- einen wirklichen Politikwechsel einzuleiten, ohne unsere roten Linien zu überschreiten;

dann sind wir dabei. Aber nur dann. ... wir sind keine willfährigen Mehrheitsbeschaffer für andere Parteien ... Wir sind die soziale Schutzmacht im Alltag.“

Mit dieser Feststellung komme ich zum 2. Leitantrag. Jeder von uns weiß sehr gut, oft aus dem eigenen Dasein, wie die soziale Lage in Deutschland beschaffen ist, dennoch hier ein paar von Kipping und Riexinger gebrachte Beispiele: „Nehmen wir VW: Ein Vorstandsmitglied bekam im Jahr 2015 das 222fache ... der niedrigsten Entgeltstufe.“ „Das reichste 1 Prozent in diesem Land besitzt über 30 Prozent des gesamten Vermögens. Die untere Hälfte der Bevölkerung besitzt gerade mal 1 Prozent.“ „Die Große Koalition will den blutarmen Mindestlohn um 33 Cent erhöhen.“ Daraus resultieren unsere Forderungen: „Der Mindestlohn muss sofort auf 10 Euro angehoben und dann in schnellen Schritten auf 12 Euro erhöht werden. Die Rentenkürzungen müssen zurückgenommen ..., der Schwindel mit der Riester-Rente muss rückgängig gemacht werden.“ (Riexinger) „Es braucht eine sanktionsfreie Mindestsicherung und eine gute Rente von mindestens 1.050 Euro für alle.“ (Leitantrag) Dass solche Forderungen realisierbar sind, macht Riexinger am Beispiel Österreichs klar: „...dort gibt es 1100 Euro Mindestrente und 80 Prozent Grundsicherungsniveau! Und wie wird das finanziert: Es herrscht nicht nur Parität der Rentenbeiträge, sondern die Kapitalseite bezahlt 2 Prozent mehr als die Beschäftigten. Bei uns bezahlen die Beschäftigten 4 Prozent mehr als die Unternehmen.“ Aus dieser totalen sozialen Ungleichheit in unserem Land ergibt sich folgerichtig eine „Revolution der Gerechtigkeit“ zur Lösung der sozialen Frage. – Ja, liebe Genossinnen und Genossen, ihr lest richtig: Auf dem Parteitag fielen wiederholt Begriffe wie Revolution, soziale Frage, Sozialismus, selbst Klassenkampf und Klassenstandpunkt; ich hatte auf vorangegangenen Parteitag den öfteren den Eindruck, dass diese Begriffe verpönt seien.

Dazu benennt der Leitantrag Aufgaben wie: „Kampf gegen Armut und für gute Arbeit“, „Offensive für das Öffentliche“, hier u. a. höhere Bildungsausgaben, die „solidarische Bürgerversicherung“, „Bahn und Bus zum Nulltarif“, die unbedingte „Einführung der Millionärssteuer“. Diese „würde zu jährlichen Einnahmen von rund 80 MDR. Euro führen!“ Zur „Revolution der Gerechtigkeit“ zählen selbstverständlich „Solidarität mit den Geflüchteten“ ebenso wie die Aufgabe: „Europa anders machen: Solidarisch. Demokratisch. Grenzenlos.“ Katja Kipping und Bernd Riexinger haben ein gemeinsames Dokument mit dem Titel „Revolution für soziale Gerechtigkeit und Demokratie! Vorschläge für eine offensive Strategie der LINKEN“ vorgelegt. Vielleicht können wir davon etliche Exemplare erhalten, um sie in unseren Basisgruppen zum Lesen weiterzugeben.

Der 3. Leitantrag setzte sich mit der politischen Situation weltweit, vor allem mit Kriegen, Terror, neoliberaler Globalisierung und der deutschen Außenpolitik auseinander.

Fortsetzung S. 3

Fortsetzung von S. 2

Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die enormen deutschen Waffenexporte, u. a. an die Türkei und Saudi-Arabien, auf die deutschen Auslandseinsätze und die Rolle der NATO gerichtet. „Der ‚Krieg gegen den Terror‘ führt zu neuem Terror – Raus aus der Gewaltspirale!“ Doch auch die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise wurden beleuchtet. „Auf der Erde verhungern täglich 57.000 Menschen, durch schlechte Wasserversorgung sterben jährlich über 100.000 Menschen ... 60 Millionen sind auf der Flucht ... Neoliberale Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA verschärfen weltweite Verteilungskonflikte zugunsten der reichen Staaten.“

DIE LINKE fordert deshalb u. a.

- Stopp von Auslandseinsätzen, Aufrüstung und Militarisierung der deutschen Außenpolitik
- sofortiger Stopp von Waffenlieferungen an die Türkei
- eine „europäische Friedens- und Entspannungspolitik“
- „Der Kalte Krieg in Europa muss beendet und politische sowie wirtschaftliche Sanktionen müssen durch Dialog ersetzt werden.“ Zu diesem Punkt wurde der Beschluss „Frieden mit Russland – Verständigung in Europa – Nein zu Faschismus und Krieg“ angenommen.
- „Stärkung der UN und OSZE statt der NATO!“
- anstelle der geplanten Freihandelskommen eine gerechte Weltwirtschaftsordnung
- „mehr Geld für Bekämpfung von Fluchtursachen“

Neben der Behandlung der Leitansätze, die auf beide Beratungstage verteilt war, gab es etliche Stunden Beratungen zu unterschiedlichsten Änderungsanträgen, zu Dringlichkeitsanträgen usw.

Ich zweifle ja keinesfalls an, dass solche Anträge vor allem dann, wenn es um die Leitlinien unserer Politik geht, vollauf berechtigt sind. Doch zum Problem wird die Sache nicht nur für mich, wenn sich einige Gruppierungen offensichtlich profilieren wollen, wiederholt Anträge zur Geschäftsordnung oder zu geringfügigen Aussagen stellen, also Streit um des Kaisers Bart, und man sich nicht mehr wie auf einem Parteitag fühlt, sondern eher in einer Posse sich in Kleinkriegen übender Grüppchen. Uns allen zur Freude ging das bis weit in die Nacht. Hier wurde sehr wertvolle Zeit vertan, die zur Erörterung unserer Arbeit, ganz besonders aber dazu, WIE wir das erreichen können, dringend notwendig gewesen wäre. Wir haben uns gefragt, was wohl jene Zuschauer, die das Ganze im Livestream verfolgt haben, da so über unsere Partei gedacht haben.

Ebenfalls auf beide Beratungstage verteilt erfolgten die Wahlen. Konsequenterweise wurden Katja Kipping und Bernd Riexinger wieder zu den Parteivorsitzenden gewählt. Was hier jedoch zwei Kandidaturen zu suchen hatten, die völlig abwegig waren, ist die Frage. Ich denke, gerade eine Wahlhandlung zu den höchsten Parteigremien darf keinesfalls zu einer Farce ausarten.

Der Parteivorstand hatte offensichtlich gut vorausgesehen, dass die Rede Sarah Wagenknechts fast am Ende des Parteitages nicht nur einen rationalen, sondern auch

emotionalen Höhepunkt darstellen werde. Bezugnehmend auf Dietmar Bartschs Ausführungen zur Fraktion betonte sie, dass im Gegensatz zu allen Unkenrufen zwischen ihr, Dietmar Bartsch und ihren beiden Stellvertretern „eine tolle Zusammenarbeit“ existiert, „weil es politisch und menschlich funktioniert“. Mit viel Temperament, sehr energisch und mitreißend widmete sich Genn. Wagenknecht der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus, der Rolle der AfD, der CDU, aber auch der oft unsozialen Politik der SPD in der Großen Koalition. Die LINKE muss den wirksamen Gegenpol im Bundestag, im ganzen Land darstellen, auch indem sie „gesellschaftlichen Druck und gesellschaftlichen Widerstand mit organisiert“. „Ja, DIE LINKE wird gebraucht, und wir gehen in die nächsten Wahlkämpfe mit Zuversicht und mit Ausstrahlung und mit klaren Konzepten und großer Eigenständigkeit!“ Diese Frau glüht für ihre und unsere Sache!

Und die Tortenattacke? Obwohl wir nicht allzu weit entfernt saßen, konnten wir kaum etwas davon mitkriegen. Ich habe das Flugblatt gelesen, das mit „Antifaschistische Initiative“ unterschrieben war. Diese schäbige Handlung ist auch ein Schlag in mein Gesicht, denn ich engagiere mich auch im Thüringer Bund der Antifaschisten. Die sich hier diesen Titel anmaßen, haben vom Antifaschismus offensichtlich soviel Ahnung wie ein Pferd von Mathematik. Auf jeden Fall wurde Sarah Wagenknecht nach ihrem Wiedererscheinen mit minutenlangem tosendem Beifall begrüßt.

Parteitage stellen Höhepunkte dar. Sie sollen analysieren, Ziele abstecken, die Linie vorgeben, den Ausblick auf neue Aufgaben geben und den Mitgliedern verdeutlichen, wie diese Ziele und Aufgaben mit Leben erfüllt und in Taten umgesetzt werden können. Meine persönlichen Erwartungen waren zudem auf eine genaue Untersuchung des Wahldebakels gerichtet, denn die AfD kann nicht die einzige Ursache sein. Zum anderen habe ich erwartet, für unsere Arbeit in den Kreisen und Städten Anregungen und Rüstzeug zu erhalten. Es geht eben nicht immer nur um das WAS, sondern ganz besonders um das WIE. Und das hat gefehlt! Wer aufmerksam die Politik verfolgt, kennt die grundlegende Situation und kann oft auch selbst entsprechende Aufgaben ableiten. Doch wie können wir alles umsetzen, mit wem, mit welchen Konsequenzen, mit welchen Schlussfolgerungen? Anders gesagt: Was müssen wir im bevorstehenden Wahlkampf in unserem Kreisverband Schmalkalden-Meiningen tun? Wie können wir die Menschen davon überzeugen, dass wir ihre Probleme ernst nehmen, dass wir, gerade auch mit der rot-rot-grünen Regierung, Alternativen nicht nur zur CDU, sondern auch zur AfD zeigen und verwirklichen? Wofür stehen wir als LINKE? Wie bringen wir das den Menschen so nahe, dass sie von unserer sozialen Politik und von unserer Friedenspolitik überzeugt werden und unsere Kandidaten, unsere Partei wählen? Was sind die Probleme der Menschen hier vor Ort?

„So viele Fragen.“ (B. Brecht) So wenige Antworten!

Ingrid Krauss

# Länderübergreifende Landesentwicklung!

Landesentwicklung muss nicht an den Grenzen der Bundesländer Halt machen. Dass es viele Themen

Referentin für Landesentwicklung der Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, stand daher im Zeichen,



genau solche Themen mit länderübergreifender Relevanz ausfindig zu machen. Neben raumplanerischen Grundlagen, wie dem „zentrale - Orte - Konzept“, standen Fragen nach der Weiterentwicklung des länderübergreifenden öffentlichen Personen- und Schienennahverkehrs sowie die mögliche Zusammenarbeit von landeseigenen Gesellschaften im Mittelpunkt der Gespräche. Auch die Themen Metropolregion Mitteldeutschland sowie deren kleine Schwester, die Regiopolregion, wurden angesprochen. Die Themen, bei denen eine länder-übergreifende

gibt, welche die Nachbarländer gleichermaßen betreffen, sieht man am deutlichsten an Fließgewässern. Diese und die von ihnen ausgehenden Hochwassergefahren machen schließlich auch nicht an der Landesgrenze Halt. Das zweite Arbeitstreffen zwischen Ronald Hande und seinem Fachkollegen Enrico Stange aus Sachsen sowie Silke Prange,

Zusammenarbeit lohnt, sind nicht nur vielfältig, sondern auch sehr komplex. Weitere Treffen mit entsprechenden Fachpolitikern sind daher geplant, um die Diskussion unter den linken Landespolitikern auf gemeinsame Handlungslinien hin zu verdichten.

## Thüringer Initiative zur Abschaffung von Sanktionen

Anlässlich der 38. Tagung des Thüringer Arbeitslosenparlaments, die am Donnerstag mit mehr als 150 Teilnehmern auf Einladung der Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, Margit Jung (LINKE), erstmals im Plenarsaal des Landtags stattfand, sowie des bundesweiten Aktionstages des Bündnisses „AufRecht bestehen“, erklärte die arbeitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ina Leukefeld: „Das Hartz-IV-Änderungsgesetz läuft – neben einigen Verbesserungen – auf eine Verschärfung des Hartz-IV-Unrechts hinaus. Die angeblichen Rechtsvereinfachungen bei Hartz IV gehen in Wirklichkeit vielfach zu Lasten der Betroffenen. Ich freue mich, dass die rot-rot-grüne Landesregierung dies im Bundesrat zur Sprache bringt und gleichzeitig einen Antrag zur Abschaffung der Sanktionsregelungen bei der geplanten Novellierung des SGB II eingebracht hat.“

Die Landtagsabgeordnete unterstützt den bundesweiten Aktionstag von Erwerbsloseninitiativen, der sich insbesondere gegen z.T. gravierende Verschlechterungen für die Betroffenen im Zuge der sogenannten Rechtsvereinfachung bei Hartz IV richtet. „Der Ausbau eines zweiten Sanktionsregimes muss unbedingt verhindert werden, denn es kann nicht sein, dass Betroffene erhaltene Leistungen an das Jobcenter zurückzahlen sollen, wenn sie die Hilfebedürftigkeit aufrechterhalten oder nicht minimiert haben. Das ist zynisch, denn oft bekommen Langzeitarbeitslose nur schlechte Arbeit angeboten. Dann sind sie zwar nicht mehr arbeitslos, werden aber zu Aufstockern und müssen im diskriminierenden Zwangssystem verbleiben“, so die Arbeitsmarktpolitikerin.

Ina Leukefeld betont: „Es ist folgerichtig und gut, dass die Thüringer Landesregierung zusammen mit dem Land Brandenburg im Bundesratsausschuss einen Antrag zur Streichung der Sanktionsregelungen in den Paragraphen 31 bis 32 SGB II eingebracht hat, weil die Vorschriften gegen das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums verstoßen. Statt Hartz IV mit einem zweiten Repressionssystem auszubauen, müssen die Sanktionen sofort abgeschafft werden. Die Rechtsfolgen sind mit dem Grundgesetz unvereinbar, weil sie zu einer erheblichen Abweichung vom verfassungsgemäßen Zustand, der insbesondere ein menschenwürdiges Existenzminimum garantieren soll, führen können. Es bleibt abzuwarten, wie sich das Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit der Entscheidung des Sozialgerichtes Gotha verhalten wird, das die Sanktionsvorschriften für verfassungswidrig hält und eine diesbezügliche Prüfung gefordert hat. Wir bleiben an dem Thema dran.“

# Tag der offenen Tür in der Musikschule Schmalkalden



Bei leichtem Regen öffnete am Samstag, dem 23. April die Musikschule Schmalkalden die Türen ihrer Proberäume - nicht nur für die knapp 700 Musikschüler, sondern auch für alle Interessierten. Der Einladung zum Tag der offenen Tür folgte auch Ronald Hande, der zu Beginn der Veranstaltung auf der Terrasse der Musikschule durch den Leiter der Einrichtung, Johannes Eberlein, begrüßt wurde. Unter dem riesigen roten Schirm, welcher durch die Rhön-Rennsteig - Sparkasse gesponsert wurde, störte der Regen die Musikan-

ten und Zuhörer nur wenig. Bei einem anschließenden persönlichen Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten nutzte Direktor Eberlein die Möglichkeit, auf drängende Probleme seiner Einrichtung hinzuweisen. Mit der durch die letzte Landesregierung eingeführten Projektförderung habe sich die Finanzierung der Einrichtung und ihrer Vorhaben sehr nachteilig entwickelt. Das zeige



sich insbesondere bei der Inanspruchnahme von Honorarkräften, welche nur zu einem Bruchteil des in den alten Bundesländern gezahlten Honorars geworben werden können. Aber auch Antragsformen, Bewilligungsverfahren und Verwendungsnachweise bürokratisieren zunehmend die Arbeit der 28



Kolleginnen und Kollegen. Er hoffe auf eine Rückkehr zur institutionellen Förderung der Thüringer Musikschulen durch die rot-rot-grüne Regierung. Das Parlamentsmitglied Hande nahm dieses Anliegen auf und versprach es dem zuständigen Minister Prof. Benjamin Hoff vorzutragen und ein Gespräch zwischen Ministerium, Musikschulleitung und Zweckverband Kultur, als Träger der Musikschule, zu vermitteln.

Abschließend nutze der Abgeordnete die Gelegenheit, sich selbst von der qualifizierten Arbeit der Lehrkräfte und

dem musikalische Können der Musikschüler „zwischen 16 und 60“ zu überzeugen.

# Bundesregierung bremst mit EEG-Novelle

## Energiewende aus

Unter dem Motto „ENERGIEWENDE RETTEN!“ demonstrieren am 10.05.2016 in Erfurt vor dem Thüringer Landtag Ministerpräsident Bodo Ramelow und Umweltministerin Anja Siegesmund gemeinsam mit Thüringer Unternehmen der Erneuerbare - Energien Branche gegen den aktuellen EEG-Entwurf der Bundesregierung. Am 12.05. hat sich eine Sondersitzung der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin mit der EEG-Novelle befasst.

„Die Bundesregierung bremst mit den vorgesehenen Änderungen am Erneuerbare-Energien-Gesetz die Energiewende aus. Nachdem bereits mit der Novelle 2012 die Solarbranche einen schweren Schlag erlitten hat, stehen jetzt die Zukunft der Windkraft und die Biogaserzeugung auf dem Spiel“, warnt der LINKE Landespolitiker und weist darauf hin, dass inzwischen bereits 40 Prozent der in Thüringen

erzeugten erneuerbaren Energie aus Biogas komme.



„Wir brauchen einen Kohleausstiegsplan und eine Verteuerung der CO2-Zertifikate“, fordert Harzer. Notwendig seien bundespolitische Weichenstellungen für entschiedene Fortschritte im Bereich der erneuerbaren Energien, „damit Thüringen seinen erfolgreich begonnenen Weg der Energiewende fortsetzen kann“, betont der Abgeordnete und verweist auf die bewährten Grundsätze „regional, dezentral, regenerativ“. Dabei stellt er auch einen Zusammenhang mit dem vom Bund vorangetriebenen Ausbau der Elektromobilität her, der nur dann einen Sinn ergebe, wenn wirklich „grüner Strom“ getankt werde.

Mit Blick beispielsweise auf die Windkraft ist es für den Energiepolitiker der Linksfraktion unverständlich, dass sich die Bundesregierung erst bei der EU dafür einsetzt, sechs Windkraftanlagen oder sechs Megawatt installierte Leistung von der Ausschreibungspflicht zu befreien und dann aber als Höchstgrenze der Ausschreibungsfreiheit nur eine installierte Leistung von einem Megawatt bundesgesetzlich fest schreibt. Dies bedeute „das Aus für viele Bürgerenergiegenossenschaften und kommunale Projekte, der Ausbau der erneuerbaren Energien wird verlangsamt und die von der Bundesregierung auf der Pariser Klimakonferenz zugesagten Ziele werden nicht erreicht“.



# 8. Mai in Schmalkalden

## Rede von Klaus-Dieter Kaiser



In Thüringen ist der 8. Mai seit Oktober vergangenen Jahres offizieller „Gedenktag anlässlich der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges in Europa“.

Wenn wir heute zurückschauen und uns erinnern, so gedenken wir der mehr als 55 Millionen Opfer von Naziterror, Holocaust und Vernichtungskrieg. Der faschistische Griff nach der Vorherrschaft in Europa bedeutete unvorstellbares Leid für die Völker. Für diese war der 8. Mai 1945 ein Tag des Sieges der Alliierten über das nationalsozialistische Deutschland, ein Sieg über eine barbarische Ideologie und das Ende von Besetzung und Unterdrückung und damit ein Tag der Freude und des Feierns.

Ich gehöre einer Generation an, die einige Jahre nach diesem Ereignis geboren und dennoch davon mit geprägt wurde. Entbehrungen, beengte Wohnverhältnisse, Ruinen, Lebensmittelmarken sind mir noch im Gedächtnis geblieben. Aber auch Erzählungen meiner Eltern und anderer Menschen über die Zeit im Krieg und kurz danach. Ich bekam mit, dass einige meiner Verwandten im Krieg umkamen und ich lernte auch Menschen kennen, die wegen ihres Widerstandes gegen das Naziregime im Gefängnis oder KZ saßen. Sie alle waren froh, dass der Krieg vorbei war und das Grauen ein Ende fand. Es verging eine gewisse Zeit, bis auch die deutsche Bevölkerung diesen Tag als einen Tag der Befreiung begriff. Das war in den beiden Teilen Deutschlands unterschiedlich. In der DDR hatte die Erziehung zum Antifaschismus einen hohen Stellenwert. Der 8. Mai war bis 1967 und 1985 gesetzlicher Feiertag. In der Bundesrepublik zählt die Rede des damaligen Bundespräsidenten 1985 als ein Wendepunkt in der offiziellen Politik. "Der 8. Mai war

ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft", erklärte er.

Manch einer mag sich fragen, ist es noch zeitgemäß, dass wir uns jährlich hier treffen, beharrlich an Ritualen festhalten. Nach einer früheren Umfrage im Auftrag des Magazins Stern wissen 45 Prozent der Bundesbürger nicht, was am 8. Mai 1945 geschah. Besonders groß war die Unwissenheit unter den Jüngeren: Mehr als zwei Drittel (68 Prozent) der 18- bis 29-Jährigen ist laut Umfrage nicht bekannt, dass an dem Tag der Zweite Weltkrieg beendet wurde. Deshalb ist die Antwort: Der Blick auf 1945 ist mehr als eine bloße historische Rückschau. Er kann Fragen beantworten helfen, die immer aktuell bleiben und erneut sind. Denn: Rechtsextremismus, Nationalismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Hegemonieansprüche sind leider keine Themen der Vergangenheit. Gerade vor dem Hintergrund aktueller Rechtsentwicklungen in Europa ist es wichtiger denn je, an den mörderischen Irrweg zu erinnern, in den Nationalismus, Rassismus und Krieg geführt haben.

Man muss leider feststellen, dass offenbar immer mehr Menschen auch in Deutschland keine Lehren aus der nationalsozialistischen Vergangenheit



gezogen oder sie vergessen haben. So nimmt die Zahl fremdenfeindlicher Übergriffe insbesondere seit den ansteigenden Flüchtlingszahlen durch Kriege und Armut beängstigende Ausmaße an. Unterkünfte werden abgeackelt und Menschen angegriffen.

Fortsetzung S. 11

# „Religion ist Opium fürs Volk“

## Fakten und Hintergründe (Teil 5)

DR. MUHAMMAD SCHMIDT

Fortsetzung von Nr. 54

### AUSWERTUNG UND BEFUND

Ganz am Anfang hatten wir festgestellt, dass die Aussage „Religion ist Opium fürs Volk“ mindestens zweierlei bedeuten kann:

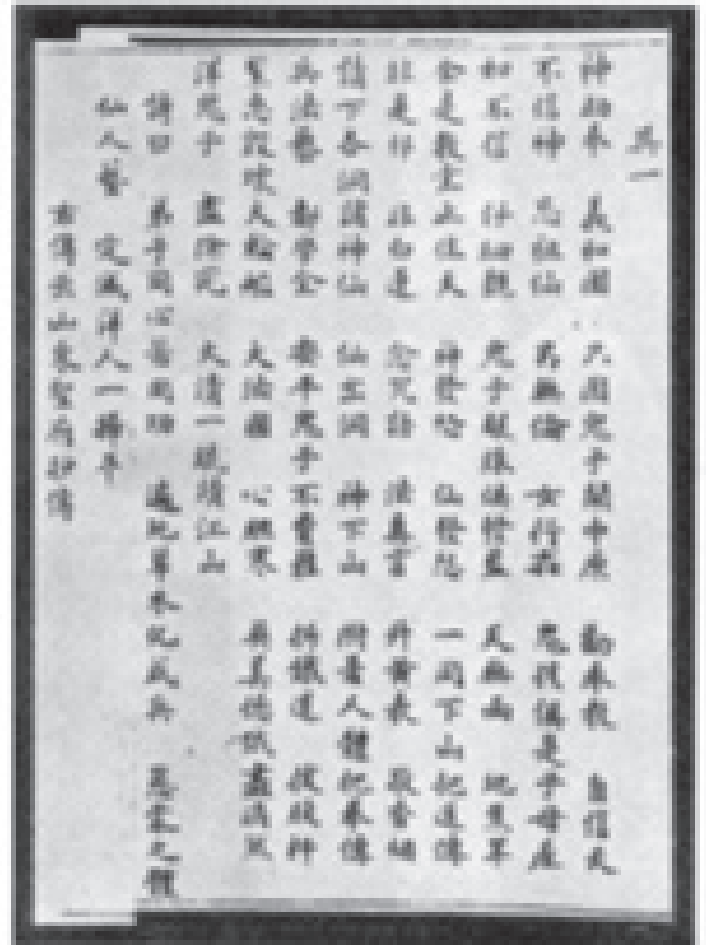
Erstens muss Religion die Machteliten einer (ungerechten) sozialen Ordnung in einer Gesellschaft bewusst stützen und fortschrittliche Veränderungen verhindern muss.

Zweitens muss von der inhaltlichen Lehre einer Religion her der Fortschritt von Erkenntnis und die Ausformung eines wissenschaftlich begründeten Weltbildes be- oder verhindert werden, indem die Religion ihr mehr oder weniger unwissenschaftliches und damit falsches Weltbild als absolut setzt und dafür die alleinige Wahrheit beansprucht. Mindestens eine dieser Voraussetzungen muss im konkreten Fall wahr sein und zutreffen, damit die Aussage „Religion ist Opium fürs Volk“ zutrifft und nicht nur von interessierter Seite z. B. als böswillige Polemik abgetan werden kann.

Für den vom Christentum beherrschten Teil der Welt können wir die Aussage zumindest für die Zeit vor und während des 19. Jh. bejahen, weil für diese Zeitabschnitte die gesellschaftliche Vorherrschaft der christlichen Religion im Zusammenspiel mit anderen die jeweiligen Gesellschaften Europas und Nordamerika von oben kontrollierenden Kräften wesentlich ist.

Seit 1918 mit dem Zusammenbruch der alten Ordnung nach dem Ende des Ersten Weltkrieges verstärkt sich die Tendenz zur Säkularisierung („Verweltlichung“) der Gesellschaft und setzt sich immer noch weiter fort, so dass die christliche Religion und ihre institutionellen Träger, die Kirchen, nicht mehr vorherrschen, sondern eine unter anderen und mehreren gesellschaftlichen Kräften werden.

Historisch hat sich die zweite Voraussetzung, nämlich die Durchsetzung eines wissenschaftlichen, nicht mehr von religiösen Vorstellungen beherrsch-



*Pamphlet der Boxer gegen die in China lebenden Ausländer und den starken westlichen Einfluss auf Gesellschaft und Politik.*

ten Weltbildes früher durchgesetzt als die soziale Emanzipation der Gesamtgesellschaft von Religion und Kirche.

In der heutigen Zeit (2015) muss daher die Aussage „Religion ist Opium fürs Volk“ als historisch überholt gelten und im Kontext des gesellschaftlichen Kontextes im 19. Jh. gesehen werden, wo eine solche Emanzipation der Gesellschaft von der Vorherrschaft von Religion und Kirche noch nicht stattgefunden hatte.

Fortsetzung S. 9



Fortsetzung von S. 8

Für die islamische Welt haben wir gesehen, dass wegen der fehlenden Aufklärung, wie sie in der westlichen Welt stattfand, keine Relativierung des religiösen Weltbildes stattgefunden hat und allein deswegen das Potenzial zu wortwörtlichen und damit im Ansatz eher fundamentalistischen Interpretationen des religiösen Schrifttums fortbesteht und wegen der aggressiven Note eines im Islam oft falsch verstandenen religiösen Jihad-Konzeptes auch große Teile der nichtislamischen Welt nach wie vor von religiös motivierten Terror bedroht sind und der gesellschaftliche Fortschritt in den islamischen Gesellschaften selbst eher behindert denn gefördert wird. Für diesen Teil der Welt würde ich die Aussage „Religion ist Opium fürs Volk“ aus den genannten Gründen voll und ganz bejahen.

Für die Welt des Hinduismus haben wir gesehen, dass soziale Klassenunterschiede in Form des Kastenwesens religiös explizit vorgegeben und sanktioniert sind - ganz im Gegensatz zu Christentum und Islam, wo so etwas, sozialgeschichtlich gesehen, eben nur implizit der Fall war. Auch hier kann, wenn hinduistische Vorstellungen vorherrschend bleiben, Religion zum Opium für das Volk werden in dem Sinne, dass ungerechte gesellschaftliche Sozialunterschiede als natürlich vorgegeben verstanden werden und fortschrittlicher gesellschaftlicher Wandel ausgeschlossen wird. Bis 2008 hatte das nepalesische Königshaus seinen monarchischen Status aus dem Hinduismus abgeleitet und damit auch das hinduistische Kastenwesen in der Gesellschaft Nepals auf besondere Weise sanktioniert. Erst nach der Abdankung des letzten nepalesischen Königs (2008) ist die nepalesische Gesellschaft im Begriff, mit dem graduell verlaufenden Prozess der Emanzipation von der Vorherrschaft der hinduistischen Religion zu beginnen.

Für den chinesischen Teil der Welt haben wir ein interessantes Gegenbeispiel zur traditionellen Rolle des Christentums in der westlichen Welt. Hier waren Buddhismus und Daoismus Teil des gesellschaftlichen Wandels und stimulierten diesen sogar. Für diese beiden religiösen Strömungen trifft die Aussage „Religion ist Opium fürs Volk“ sozialgeschichtlich daher mit Sicherheit nicht zu.

Wohl aber für den Konfuzianismus. Dieser ist aber keine Religion im westlichen Sinne, sondern eher eine konservative und vielleicht auch reaktionäre

Sozialphilosophie, die dem gesellschaftlich - fortschrittlichen Wandel im ausgehenden 19. Jh. und anfangs des 20. Jh. in kaiserlichen China bis 1912 entgegenstand, nachdem führende Befürworter einer Verwestlichung von Wissenschaft und Gesellschaft des „alten“ China auf Betreiben des chinesischen Kaiserhauses entweder hingerichtet



*Titel des Dào Dé Jīng („Der Klassiker vom Dao und vom De“) in der antiken Kleinen Siegelschrift von chinesischer Zeichen. Dieses Werk ist die Bibel der Daoisten und soll von Laozi verfasst worden sein. Von ihm gibt es viele, z.T. sehr unterschiedliche Übersetzungen in westliche Sprachen. Der Text besteht aus 81, z. T. relativ kurzen und prägnanten Sprüchen, die in einem literarischen Stil geschrieben sind, den man „Klassisches Chinesisch“ nennt.*

wurden oder nur knapp den Verfolgungen durch die Flucht nach dem inzwischen weitgehend verwestlichten und modernisierten Japan entkommen konnten.

Fortsetzung Nr. 56

## Die 24. Antifa - Bildungsreise

36 Kameradinnen und Kameraden der Thüringer VdN-BdA fuhren in diesem Jahr an den Bodensee. Gemeinsam mit Vertretern der Gruppe der VVN-BdA Ravensburg / Oberschwaben, die wir im vergangenen Jahr in Turin bei den Partisanen kennenlernten, besuchten wir Erinnerungsstätten der Gräueltaten des Faschismus in der Umgebung von Friedrichshafen. Das Wetter und die Stimmung waren bestens. Es gab viel zu diskutieren, denn es gibt leider viele Parallelen im Heute zu den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Faschistische Ideologien durchdringen, leider von der Politik ignoriert, die Gesellschaften in Europa. Mit dem Motto "Erinnern, Gedenken, Mahnen" begegnen wir diesem Trend bei vielen sich ergebenden Gelegenheiten.

Seit 24 Jahren organisieren Mitglieder der Thüringer VdN-BdA Besuche von Gedenkstätten des Terrors und des Widerstandes in vielen Ländern Europas. Das dabei Erfahrene und Erlebte bestätigt, dass ein Vergleich des faschistischen Deutschlands mit den Fehlern in der DDR - Geschichte unredlich ist und nur die Rechtsentwicklung in unserem Land weiter begünstigt.

In Überlingen wurde 1944, in Folge der massiven alliierter Bombardierungen der Rüstungsbetriebe in Friedrichshafen, unter der Leitung der Firma Siemens mit dem Bau einer Stollenanlage im Molessafelsen begonnen. Die Rüstungsfirmen Luftschiffbau Zeppelin (V2 – Raketen-Teile), Maybach (Motoren für Panzer u. a.), Dornier (Flugzeuge) und Zahnradfabrik Friedrichshafen (Getriebe für Panzer) sollten unterirdisch, vor Bombardierungen sicher, mit jeweiligem Straßen- und Bahnanschluss untergebracht werden. Im Herbst 1944 wurde bei Aufkirch, nordwestlich von Überlingen, ein KZ-Außenkommando für 800 Häftlinge, vor allem Italiener und Slowenen, aus dem KZ Dachau errichtet. Mindestens 222 Häftlinge des Überlinger Lagers kamen bis zur Befreiung durch französische Truppen im April 1945 bei Arbeitsunfällen mangels Arbeitsschutz, durch Unterernährung und Gewalt einwirkung ums Leben. Nur zwei Häftlingen gelang die Flucht aus dieser Hölle. Die Stollenanlage besuchten wir unter Führung von Oswald Burger, engagierter ehrenamtlicher Freizeitforscher zur Geschichte dieser mehrere Kilometer umfassenden Stollenanlage. In 12-Stunden-Schichten schufteten die Häftlinge unter unmenschlichen Bedingungen.

97 zu Tode gekommene Häftlinge wurden im Februar 1945 im Wald Degenhardt in einem Massengrab verscharrt. Nach Kriegsende wurden auf Befehl der französischen Militärregierung die sterb-

lichen Überreste aus dem Waldstück Degenhardt bei Überlingen exhumiert und am 9. April 1946 auf dem neu geschaffenen KZ-Friedhof Birnau beigesetzt. Auf diesem Friedhof fand in unserem Beisein am 7. Mai eine beeindruckende Gedenkfeier statt. Es wurde von den Rednern nicht nur an die Schrecken des Faschismus erinnert, sondern der Bogen wurde vom Damals ins Heute gespannt. Ein syrischer Flüchtling sprach über den Krieg in seinem Land und dass seine Familie in viele Länder als Folge des grausamen Krieges zerrissen wurde. Elke Pudszuhn, die vor wenigen Tagen wiedergewählte Vorsitzende der Thüringer VdN-BdA, erinnerte in ihrer Grußadresse an den Schwur von Buchenwald, den es noch immer einzulösen gilt. Mit dem gemeinsamen Singen des Liedes "Die Moorsoldaten" endete die Veranstaltung. Danach trafen wir uns mit Antifaschisten aus Italien und dem Bodenseegebiet zum gemeinsamen Essen und Erfahrungsaustausch. Wir danken besonders Josef Kaiser von der VVN Ravensburg / Oberschwaben, der das Programm gemeinsam mit Elke vorbereitet hat und uns zu allen Stätten begleitete. Am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, besuchten wir das ehemalige „Würthem-



KZ Gedenkstätte Oberer Kuhberg

bergische Schutzhaftlager Oberer Kuhberg“, in der Stadt Ulm an der Donau. Es war eines von mindestens 80 frühen Konzentrationslagern nach dem Reichstagsbrand von 1933 in dem vor allem Kommunisten, Sozialdemokraten und auch standhafte Christen unter unmenschlichen Bedingungen interniert wurden. In der alten Festung auf dem Kuhberg wurden von November 1933 bis Juli 1935 etwa 600 Männer zwischen 17 und 71 Jahren einer bestialischen Wachmannschaft von SA und SS ausgesetzt. Denen ging es darum, die Gefangenen nicht zu ermorden, sondern ihnen das Selbstbewusstsein zu brechen. Übrigens, der Leiter dieses KZ wurde in der Alt-BRD nie zur Rechenschaft gezogen.

Fortsetzung S. 11

Fortsetzung von S. 7

Rechte Parteien und Bewegungen befinden sich in Deutschland und überall in Europa im Aufwind. Antieuropäische und nationalistische Töne werden lauter. Es gibt zahlreiche Versuche die Geschichte umzuschreiben.

Die Rolle der Sowjetunion im Kampf gegen den Faschismus wird immer mehr geschmälert. Die 2.Front wird zur Ersten und wichtigeren umgedeutet. Denkmäler werden geschliffen und alte SS-Veteranen und ihre Jünger marschieren offen in manchen Ländern auf, Naziverbrecher werden zu Helden erklärt. Dabei hatte die Sowjetunion den größten Blutzoll zu zahlen. Man schätzt heute insgesamt 27 Mio. Soldaten und Zivilisten. Ein Trauma für dieses Land, das bis heute gegenwärtig ist und in die Sicherheitspolitik nachwirkt. Dessen sollten wir uns gerade in der Gegenwart bewusst sein, da die gegenseitigen Beziehungen belastet sind. Erinnern wir uns auch: Die Sowjetunion unter Gorbatschow hat den Weg zur deutschen Wiedervereinigung ermöglicht. Es ist ein Anachronismus, dass wir uns jetzt an der Stationierung von rotierenden NATO-Verbänden an der russischen Grenze beteiligen sollen.



Fotos: Hans-Günther Weilepp

In manchen offiziellen Medien macht sich eine Russophobie breit, die mich entsetzt. Ich wünsche mir für die Zukunft, dass in der Politik ein Nachdenken einsetzt, wie wir eine weitere Verschärfung der internationalen Situation vermeiden können. Weil wir wissen, wohin das führen kann. Nur ein gutes Verhältnis zu unseren Nachbarn sichert eine positive und friedliche Entwicklung unseres Landes und seiner Menschen. Ich danke Ihnen.

Fortsetzung von S. 10

Die Häftlinge hausten in kalten Kasematten ohne Sanitäreinrichtungen und wenig Licht. Mir persönlich verschlug es die Sprache, als ich von den Leiden der dort Inhaftierten hörte.

Die bekanntesten Häftlinge in der Festungshaft waren Kurt Schumacher als SPD-Reichstagsabgeordneter und Alfred Haag als KPD-Landtagsabgeordneter, die in Einzelzellen untergebracht waren. Die meisten Häftlinge wurden später weiter im KZ Dachau und anderen gequält.

Neben dem Besuch der Gedenkstätten erlebten wir einen Schiffsausflug auf dem Bodensee und besuchten das Zeppelinmuseum in Friedrichshafen. Abends saßen wir gemütlich bei Wein oder Bier und gemeinsamen Gesang zusammen. Dabei tauschten wir unsere Erfahrungen im antifaschistischen Wirken aus und berieten Möglichkeiten der gemeinsamen Arbeit.

Jutta Wiesel aus Unterwellenborn wird nach dem Erlebten die Basisgruppe der VdN-BdA Saalfeld-Rudolstadt künftig als Mitglied verstärken.

Die Zahl der Zeitzeugen des Faschismus wird im-

mer kleiner, es gilt die Erinnerungsarbeit neu zu überdenken, damit auch die junge Generation die antifaschistischen Erfahrungen übernehmen und die richtigen Schlüsse für ihr Handeln ziehen können.

Unser Dank gilt Elke Pudszuhn als Cheforganisatorin, dem Busfahrer Achim und den Kameraden aus Ulm und Überlingen für die erlebnisreiche Antifa-Fahrt 2016.

Und im nächsten Jahr machen wir die 25. Antifa-Fahrt und hoffen auf rege Teilnahme, auch von vielen Neueinsteigern.

Wer sich weiter zum Thema der Reise im Internet informieren möchte:

[www.stollen-ueberlingen.de/](http://www.stollen-ueberlingen.de/)

[https://de.wikipedia.org/wiki/KZ-](https://de.wikipedia.org/wiki/KZ-Außenlager_Überlingen-Aufkirch)

[Außenlager\\_Überlingen-Aufkirch](https://de.wikipedia.org/wiki/KZ-Friedhof_Birnaudzok-ulm.de)

[https://de.wikipedia.org/wiki/KZ-Friedhof\\_Birnaudzok-ulm.de](https://de.wikipedia.org/wiki/KZ-Friedhof_Birnaudzok-ulm.de)

[dzok-ulm.de](https://de.wikipedia.org/wiki/KZ-Friedhof_Birnaudzok-ulm.de)

J. Powollik  
Basisgruppe der VdN-BdA SLF-RU

**Im III. Quartal gartulieren wir:**

4.7. zum 78. Alfons Luck, Brotterode-Trusetal  
 14.7. zum 55. Anette Ott, Benshausen  
 16.7. zum 74. Waltraud Heß, Schmalkalden  
 17.7. zum 73. Gina Kulawik, Schmalkalden  
 19.7. zum 75. Christel Siegmund, Schmalkalden  
 23.7. zum 82. Albrecht Cornelius, Meiningen  
 24.7. zum 89. Kurt Pappenheim, Schmalkalden  
 25.7. zum 72. Günter Michaelis, Zella-Mehlis  
 29.7. zum 90. Edgar Koch, Meiningen  
 30.7. zum 73. Franz Beer, Zella-Mehlis  
 3.8. zum 85. Lothar Jung, Schmalkalden  
 6.8. zum 89. Gerhard Laudien, Zella-Mehlis  
 17.8. zum 88. Heinz Rothämel, Steinbach-Hallenberg  
 20.8. zum 75. Edith Gerth, Schmalkalden  
 24.8. zum 65. Reinhard Leser, Schmalkalden  
 27.8. zum 74. Beate Hildebrand, Walldorf  
 27.8. zum 77. Ursula Meerguth, Meiningen  
 30.8. zum 60. Hans-Peter Heller, Schmalkalden  
 31.8. zum 82. Siegfried Jahns, Zella-Mehlis  
 7.9. zum 84. Anni Merta, Meiningen  
 7.9. zum 75. Gerhard Wehner, Untermaßfeld  
 10.9. zum 84. Gerda Luthardt, Zella-Mehlis

16.9. zum 85. Annemarie Römhild, Schmalkalden  
 18.9. zum 91. Erna Gruner, Schmalkalden  
 19.9. zum 74. Kurt Bachmann, Schmalkalden  
 19.9. zum 55. Olaf Leffler, Schmalkalden  
 20.9. zum 76. Marlies Luck, Schmalkalden  
 21.9. zum 76. Ingrid Klee, Wasungen  
 21.9. zum 82. Christine Krzikalla, Einhausen  
 22.9. zum 73. Elke Pudszuhn, Zella-Mehlis  
 23.9. zum 65. Thomas Wunderlich, Steinbach-Hallenberg  
 24.9. zum 74. Heike Gundlach, Zella-Mehlis  
 28.9. zum 80. Helga Jahns, Zella-Mehlis

## Termine:

### Klausurtagung für Mandatsträger\*innen

Thema: Engeriepolitik und regenerative Energien

20. August 2016

09:30 – 15:00 Uhr

Viernau, Gemeindeverwaltung, Forststr. 16

### Sommerfest des Kreisverbandes

03. September 2016

14:00 – 18:00 Uhr

Zella-Mehlis, Tourist-Information, "Scheune"- Festplatz am  
 Bürgerhaus, Louis-Anschütz-Str. 28

### Regionaldemonstrationen gegen TTIP & CETA

24. September 2016

Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, Stuttgart sowie in Bayern  
 Nürnberg oder München



### Wir trauern um:

Helmut Behnisch, Schmalkalden  
 Liselotte Künzel, Schmalkalden  
 Waltraud Steigleder, Zella-Mehlis

### Impressum:

DIE LINKE. Schmalkalden-Meiningen

Kreisvorstand, in Verantwortung  
 von Patrick Beier (V.i.S.d.P.)

Tel. (03693) 8853531

rgeschaeftsstelle@die-linke-schmalkalden-  
 meiningen.de

www.die-linke-schmalkalden-meiningen.de

### Spendenkonto:

IBAN: DE65840500001706060366

BIC: HELADEF1RRS

### Öffnungszeiten:

Kreisgeschäftsstelle  
 Dienstag 09:00 - 12:00 Uhr  
 (und nach Vereinbarung)

Abgeordnetenbüro Steffen Harzer (MdL)  
 Eleonorenstraße 10  
 98617 Meiningen  
 Tel.: (03693) 8853530  
 Montag bis Freitag 09:00 - 17:00 Uhr

Bürgerbüro Ronald Hande (MdL)  
 Hoffnung 11  
 98574 Schmalkalden  
 Tel.: (03683) 4899927  
 Montag, Mittwoch  
 09:00 - 12:00 Uhr und 14:00 - 16:00 Uhr  
 Donnerstag  
 09:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 16:00 Uhr  
 Freitag  
 09:00 - 12:00 Uhr

Abgeordnetenbüro Ina Leukefeld (MdL)  
 Rüssenstraße 19  
 98527 Suhl  
 Tel.: (03681) 728562

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge  
 oder Pressemitteilungen (pm) trägt der  
 Verfasser die alleinige Verantwortung.  
 Nachdruck nur mit Genehmigungen der  
 Redaktion.